

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.  
1947-1949  
1948**

79 (16.9.1948)

# DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

erschließungstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsbeitrag: DM 1.80  
einschl. Trägerlohn, bei Postbesug DM 2.16 / Anzeigen nach Preistabelle 3  
Unverlangt eingegangene Manuskripte können nicht zurückgesandt werden

Lahrer Kreis- und Anzeigebblatt

Telefon: Verlag u. Redaktion Lahr 2365 / Postamt Lahr 2365 / Postfach 4400  
und Karlsruhe 2046 / Bankkonto: Oberheimbach 2365 / Postfach 4400  
Keine Ersatzanspr. bei Störung durch höh. Gewalt

Heute neue Artikelserie:  
**Lebt Hitler noch?**  
Von Michael M. Musmanno

NR. 79 / 2. JAHRG.

DONNERSTAG, DEN 16. SEPTEMBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

## Empörung über Sowjeturteil

25 Jahre Arbeitslager für Beteiligung an den Zwischenfällen vor dem Brandenburger Tor

**Berlin.** Der sowjetische Rundfunk teilte mit, daß das Bezirks-Militärgericht des sowjetischen Sektors von Berlin die fünf Deutschen, die angeklagt waren, an den antisowjetischen Kundgebungen des 9. September vor dem Brandenburger Tor teilgenommen zu haben, zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt habe. Von den Verurteilten ist einer 16, einer 18, einer 19, einer 22 und einer 40 Jahre alt.

Maßgebende Kreise der britischen Kontrollkommission für Deutschland erklärten, das Urteil sei skandalös und unerhört. Die Urteilsbegründung sei als phantastisch zu bezeichnen, da die Provokationen nach britischer Ansicht nach Beendigung der Kundgebung auf dem Platz der Republik nicht von den Demonstranten, sondern von sowjetischen Soldaten und deutschen Polizisten des Sowjetsektors ausgegangen seien. Bei dem vorliegenden Urteil könne von einer Rechtsprechung nicht länger die Rede sein.

hätte bereits stattgefunden, die Urteile seien gefällt.

**Internationaler Untersuchungsausschuß gefordert**

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr forderte am Dienstag auf einer Vorstandssitzung der SPD, CDU, LDP und der UGO die Einsetzung eines internationalen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung des sowjetischen Urteils gegen die fünf Berliner. Dieser Ausschuß soll nach Suhr auch Deutsche zu Aussagen heranziehen. Nach deutschem Strafmaß hätten die Angeklagten höchstens sieben Jahre Zuchthaus bekommen können. Es sei überhaupt fraglich, ob die von der Markgraf-Polizei ergriffenen jungen Leute tatsächlich die Ausschreitungen am Brandenburger Tor begangen hätten. Suhr betonte, das Urteil des sowjetischen Militär-

tribunals habe eindringlich gezeigt, in welcher Gefahr Berlin schwebt. Der Kampf um Berlin rief er, geht nicht nur um die Freiheit, sondern auch um das Recht.

**Außerplanmäßige Plenarsitzung des Parlamentarischen Rats**

Der Parlamentarische Rat hielt am Mittwoch, 16 Uhr, außerplanmäßig eine Plenarsitzung ab, um sich demonstrativ gegen die Verurteilung von Berliner Demonstranten durch ein sowjetisches Militärgericht zu wenden. Vizepräsident Adolf Schönfelder berief am Dienstag in Anwesenheit von Dr. Konrad Adenauer auf Antrag des gewählten Berliner Oberbürgermeisters, Professor Ernst Reuter, den Rat ein. Reuter erklärte zu dem Berliner Urteil: „Das bedeutet eine Kriegserklärung“.

## Großbritannien rüstet auf

USA wollen UN-Vollversammlung westlichen Verteidigungspakt vorschlagen

**London.** Der britische stellvertretende Ministerpräsident Herbert Morrison gab am Dienstag in der Sondersitzung des Parlaments den Beschluß der Regierung bekannt, Soldaten, die in den nächsten Monaten entlassen werden sollten, weitere drei Monate unter den Fahnen zu behalten.

Die Stärke der britischen Streitkräfte, sagte Morrison, werde Ende dieses Jahres 80 000 Mann mehr als bei der ursprünglich beabsichtigten Form der Demobilisierung betragen. Für alle drei Waffengattungen werde ein Rekrutierungsbefehl erlassen werden. Die Verbesserung der Ausrüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Luftverteidigung, des Panzerwesens und der Infanteriewaffen, müsse beschleunigt werden.

Der britischen Regierung, führte Morrison weiter aus, bleibe keine andere Wahl, als diese Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Trotz aller gegenwärtigen Bemühungen um eine Lösung für die vielen Probleme, die eine

Folge des letzten Krieges sind, gebe die internationale Lage dennoch Anlaß zur Beunruhigung.

Die Produktion gewisser Jagertypen wurde fast verdoppelt. Was Flugzeuge anbetrifft, betonte Morrison, müssen wir nicht nur unsere eigenen Anforderungen gerecht werden, sondern auch denen anderer Länder, einschließlich der westeuropäischen Union, deren Streitkräfte britische Flugzeugtypen verwenden.

**Washington.** Bei einer weiteren Verschlechterung der internationalen Lage wird, gut unterrichteten Kreisen zufolge, Außenminister Marshall auf der bevorstehenden UN-Vollversammlung einen Verteidigungspakt ähnlich dem in Petropolis abgeschlossenen Vertrag der amerikanischen Staaten vorschlagen. Dieser neue Pakt würde das Abkommen zur Verteidigung der westlichen Hemisphäre ergänzen. Alle Nationen, die Mitglieder der UN sind, könnten ihm beitreten.

## DP-Wirtschaftsausschuß stellt Leitsätze auf

Grundlegende Ausführungen Dr. Hoffmanns — Dr. Gaertner vermittelt Tatsachenbericht aus der Ostzone

Am Montag tagte der Wirtschaftsausschuß der DP im Parkhotel in Badenweiler, um zu Gegenwartsfragen unserer Wirtschaft, Stellung zu nehmen und über die wirtschaftlichen Leitsätze der DP abzustimmen. Zunächst gab Dr. Gaertner, einer der führenden Männer der LDP in der Ostzone, einen Tatsachenbericht über die Methoden der SED und die Gründe seines Wegganges aus Thüringen, wo er als Vizepräsident des Landtages und als Präsident der Landesbank fungiert hatte. Der Redner gab ein erschütterndes Bild der sowjetischen Gewaltmaßnahmen zur Unterdrückung des individuellen Lebens. Die sowjetrussische Besatzungsmacht versuche mit totalitären Mitteln die bürgerlichen Parteien ideologisch zu unterdrücken, sei es durch Beeinträchtigung ihrer publizistischen Möglichkeiten, durch die Blockpolitik zur angeblichen Entmachtung des Monopolkapitalismus, durch Entsendung von Vertretern in Funktionssitzungen und durch Verfolgung besonders aktiver Mitglieder dieser Parteien. Man bestrebe mit Methoden ohne Moral die Errichtung einer Einheitspartei. Erschreckend sei die Wahrnehmung, wie bisher gemäßigte Männer innerhalb der SED, wie etwa Grotewohl, nunmehr ein radikalistisches Gebaren an den

Tag legten. Dr. Gaertner enthüllte sodann den wahren Charakter der sogenannten „Volksdemokratie“, in der man von oben herab den „Volkswillen“ organisiere. So habe man, um den mißliebigen Bürgermeister von Weimar zu beseitigen, in einer Betriebsversammlung durch bestellte Leute eine Mißtrauensversammlung inszeniert, worauf der russische Kommandant behauptete, das Stadtoberhaupt würde das Vertrauen der Bevölkerung nicht mehr besitzen. Auf die Antwort, der Bürgermeister erfreue sich des vollen Vertrauens des Stadtparlaments, habe der Kommandant bedauernd entgegnet: „Aber die Massen sind gegen ihn.“ Es sei ihm nichts übriggeblieben, als seinen Posten zu verlassen. Bald danach hätte er der Ostzone den Rücken gekehrt. Der Redner charakterisierte ferner das wirkliche Gesicht der Bodenreform in der sowjetischen Zone, wo man die Barbarei beginge, nach und nach die Gutshäuser als „Bastionen des Junkertums“ abzureißen. Inzwischen schreite man dazu, auch die 5 Hektar großen Betriebe wegen angeblich schlechter Bewirtschaftung zu sogenannten Siedlerstellen zusammenzufassen, um sie später zu Kolchosen umzubilden. Einen ähnlichen Einblick gab der Redner in den Strukturwandel der Wirtschaft der Ostzone. Die sogenannten „volkseigenen Betriebe“ seien in Wahrheit Staatsbetriebe. Die Währungsreform im Osten habe sich als töricht und sinnlos erwiesen, wobei zu bemerken sei, daß gewisse Konten von der Reform unberührt blieben. Überall wäre die Tendenz spürbar, die privaten Betriebe zu benachteiligen. Ein angemessenes Warenangebot fehle, während sich die Lage auf dem Ernährungssektor verschärfe. Das lange Stehen nach Kartoffeln wäre an der Tagesordnung. Nach wie vor entnehme die Besatzungsmacht den größten Teil der Produktion zu Reparationszwecken. Die Bedarfsgüter seien für die Zivilbevölkerung praktisch nicht vorhanden. Das spurlose Verschwinden von Personen dauere fort. Unter dem Deckmantel der deutschen Einheit wolle man nichts anderes als restlose Gleichschaltung. Die Gefahr des Strukturwandels im Osten, der auch das Lebensgefühl der Bevölkerung zu ergreifen drohe, erschwere künftighin ein

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Der Wille des Volkes

Von Dr. Alphons Gaertner

Die Gemeindevahlen in der sowjetisch besetzten Zone, die in diesem Herbst stattfinden sollten, sind durch einen Befehl der sowjetischen Militärverwaltung um ein Jahr verschoben worden. Wie die Verwaltung hinzusetzt, hat sie damit zahlreichen Anträgen und Wünschen der zugelassenen Parteien und demokratischen Organisationen entsprochen.

Es besteht jedoch immerhin die Möglichkeit, daß es außerhalb der sowjetisch besetzten Zone Leute gibt, die dieser Nachricht keine wesentliche Beachtung schenken oder die sogar geneigt wären, die amtliche Begründung für wahr zu halten. Es ist deshalb eine zwingende Notwendigkeit, der Verschiebung der Wahlen die Bedeutung zuzumessen, die ihr im politischen System der östlichen Volksdemokratie zukommt und die Begründung als das zu kennzeichnen, was sie im tiefsten Grunde ist: eine ungeheuerliche Lüge.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Schon im Juni d. J. sind die Militärverwaltungen der einzelnen Länder an die Parteien mit dem dringenden Wunsche herantreten, der Verschiebung der Gemeindevahlen zuzustimmen oder selbst eine solche Verschiebung anzugehen. Der Zweijahresplan der SED, diese dürftige Kopie eines auf russische Verhältnisse zugeschnittenen Wirtschaftsplanes, war soeben von Walter Ulbricht, dem mächtigen Wirtschaftsexperten der Partei, nach selbstverständlicher Abstimmung mit der Militärregierung, der Öffentlichkeit vorgelegt worden. Die Propagandamaschine der Partei und der östlichen Nachrichtendienste lief auf hohen Touren. Endlich war die Methode gefunden, das schlechende Elend der Ostzonenwirtschaft zu überwinden und beispielsweise die Schuhversorgung der Bevölkerung für das Jahr 1950 mit einem Paare je Person in eine verheißungsvolle, aber fragwürdige Aussicht zu stellen, während für das gleiche Jahr eine Erhöhung der gegenwärtigen Lebensmittelmengen um 30% versprochen wurde. Was lag näher, als für diese Großaktion der SED die gesammelte Kraft des Volkes, der Parteien und der demokratischen Organisationen zu mobilisieren, seine Durchführung vor jedem Luftzug politischer Mißbilligkeiten zu schützen, wie sie bei Wahlen vorzukommen pflegen? Zwar gleichen Wahlen in der Ostzone einem sportlichen Wettlauf, bei dem dem stärksten Favoriten, der SED, eine so groteske Vorgabe gewährt wird, daß die anderen Bewerber aus der hoffnungslosen Situation der „Mitläufer“ nur herauskommen, wenn der Favorit trotz seines unerhörten und unfairen Vorteils vor dem Zielband versagt. Und in dieser Situation des drohenden Versagens befindet sich die SED heute. Die politische und moralische Isolierung, in der sich die Partei infolge ihrer Tätigkeit als Willensinstrument der sowjetischen Besatzungsmacht hineinmanövriert hat, würde in den Gemeindevahlen dieses Herbstes ihren eindeutigen Ausdruck finden. Aus diesem und nur aus diesem Grunde werden die Wahlen nicht stattfinden.

Es ging natürlich nicht an, daß die SED selbst mit der Anregung auf Verschiebung der Wahlen an die Öffentlichkeit trat. Die Besatzungsmacht entthob sie dieser Sorge. Ihre erste Fühlungnahme mit den Parteien verlief infolge der ablehnenden Haltung der nichtmarxistischen Parteien ergebnislos. Man tat das, was sich in solcher Situation bislang stets als wirksam erwiesen hat, nämlich man inszenierte eine „Bewegung“. Zwar ist dieses Instrument vom vielen Mißbrauch verstimmt und abgenutzt, aber der Vorrat an menschlicher Unzulänglichkeit, die von seinen Tönen angesprochen wird, ist offenbar unbegrenzt. Zwar hatten die CDU und die LDP eindeutig darauf bestanden, daß die Wahlen — in Beachtung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Vorschriften — zu dem vorgesehenen Termin durchgeführt würden. Aber es gab da noch zwei andere „nichtmarxistische“ Parteien, die Nationaldemokraten und die „Demokratische Bauernpartei“. Sie sind zwar durch nichts und niemand legitimiert als durch das Vertrauen der Militärverwaltung, niemals haben sie die Feuerprobe einer Wahl bestanden, sie sind zeugend in der Retorte östlich-politischer Alchemie. Diese seltsamen „Parteien“, die außerhalb der sowjetisch besetzten Zone von einem Sturm der Lächerlichkeit und der Verachtung hinweggefegt würden, haben der politischen Befehlsstelle in Karlshorst ihren dringenden Wunsch nach einer Verschiebung der Wahlen übermittelt. Sie versäumen also die einzigartige Gelegenheit, der Welt den Nachweis zu erbringen, wie sehr ihre Gründung einem dringenden Bedürfnis entsprach und welche Volksmassen hinter ihnen stehen. Aber die Auseinandersetzung mit ihnen lohnt sich nicht, jedermann weiß, daß diese „Parteien“ nichts anderes sind, als willenlose Befehlsempfänger der

### Demokratie und Menschlichkeit nur eine Phrase

Der Berliner LDP-Vorsitzende Karl Hubert Schwennicke sagte, mit dem Urteil sei erneut bewiesen worden, daß Demokratie und Menschlichkeit für die kommunistische Welt nur eine Phrase sind, hinter der sich der Machtwille eines neuen Diktators verbirgt. Mit derartigen Urteilen werde nur erreicht, daß der Haß gegen die kommunistischen Unterdrücker nicht nur im deutschen Volk, sondern auch in der übrigen Welt wächst und der Abwehrwille gestärkt wird. Das Urteil beweise, was die Bevölkerung zu erwarten habe, wenn es den kommunistischen Kräften gelingt, ihre Macht über Berlin hinaus weiter nach Westen auszudehnen.

### Drei vergebliche Versuche

Dr. Rolf May, der persönliche Referent Dr. Friedensburg, erklärte, sämtliche Versuche, den inzwischen Verurteilten einen Verteidiger beizugeben, seien gescheitert. Sofort nach Bekanntwerden des Verhandlungstermins hätten sich Verteidiger zur Verfügung gestellt und sich zu dem Vorsitzenden des sowjetischen Militärtribunals, Oberst Sokolow, begeben, wo ihnen erklärt worden sei, daß sie ein Gesuch um Zulassung eines deutschen Verteidigers bei dem sowjetischen Verbindungsoffizier beim Magistrat einreichen könnten. Das daraufhin sofort ausgefertigte Gesuch sei dem sowjetischen Bevollmächtigten beim Berliner Magistrat zugestellt worden, der die Weiterleitung jedoch abgelehnt habe. Bei zwei weiteren Versuchen, Oberst Sokolow persönlich zu erreichen, seien sie wiederum abgewiesen und ihnen sei dann schließlich erklärt worden, die Verhandlung

### Noch keine Einigung in Moskau

**Moskau.** Die drei Sonderbeauftragten der Westmächte in Moskau suchten laut Reuter am Dienstagmorgen den sowjetischen Außenminister Molotow zu einer weiteren Besprechung auf. Die Besprechung wurde nach anderthalb Stunden beendet.

Nach Ansicht von Beobachtern haben die Botschafter auf dieser neuen Sitzung Stellung zu den Gegenvorschlägen genommen, welche die Sowjets bei den Besprechungen der alliierten Militärgouverneure in Berlin unterbreitet haben. Einige dieser Gegenvorschläge haben, so glaubt man, die Regierungen der Westmächte zweifellos überrascht, da diese annahmen, mit der Aufnahme der Besprechungen in Berlin sei im Prinzip Einvernehmen erzielt.

## Italienische Kolonien kommen vor UN

Keine Einigung bei der Viererkonferenz in Paris

**Paris.** Die Viermächtevertreter zur Erörterung der Zukunft der ehemaligen italienischen Kolonien traten am Dienstag im französischen Außenministerium zu ihrer zweiten Sitzung zusammen.

Die britische und amerikanische Delegation nahmen einen französischen Vorschlag an, wonach Italienisch-Somaliland unter UN-Mandat an Italien zurückgegeben werden soll.

Wyschinski, der den Vorsitz führte, machte geltend, daß die sowjetische Delegation diese Angelegenheit erst einer weiteren Prüfung unterziehen müsse, ehe sie ihre Antwort erteilen kann, da eine Anzahl von Fragen, insbesondere die Dauer der vorgeschlagenen Treuhandschaft, noch geklärt werden müßte. Der sowjetische Delegierte übte dann

Kritik an der Haltung der drei Westmächte in der Frage der ehemaligen italienischen Kolonien und führte an, daß der Anspruch Großbritanniens auf die Cyrenaika keinesfalls den Interessen der Bevölkerung entspreche. Frankreich wurde von Wyschinski beschuldigt, sein Kolonialreich auf Kosten Italiens vergrößern zu wollen.

Der von dem sowjetischen Delegierten Wyschinski eingebrachte Vorschlag, alle italienischen Kolonien einer internationalen Treuhandschaft zu unterstellen, wurde dann von der Viermächtekonferenz nicht angenommen. Da auch am Mittwoch hinsichtlich der Zukunft der italienischen Kolonien keine Einigung erzielt werden konnte, wird das Problem nunmehr den Vereinten Nationen unterbreitet werden.

Macht, deren Willen allein sie ihr Dasein verdanken.

Aber auch andere demokratische Organisationen haben den Wunsch nach einer Verschiebung der Wahlen ausgesprochen, z. B. die Gewerkschaften, der Demokratische Frauenbund, die Freie Deutsche Jugend usw.

DP-Wirtschafts-Ausschuß stellt Leitsätze auf

(Fortsetzung von Seite 1)

organisches Zusammenwachsen der beiden deutschen Hälften. Die Sowjets verfolgten nur den einen Zweck: die Bolschewisierung Ostdeutschlands.

Nach den eindrucksvollen Schilderungen des Redners, die von den Anwesenden mit Erregung aufgenommen wurden, dankte Generalsekretär Wolf Dr. Gärtner für seinen aufschlußreichen Tatsachenbericht.

Anschließend wies Dr. Hoffmann, der Vorsitzende des Ausschusses und Vizepräsident der Handelkammer Schopfheim, neue Wege der Wirtschaftspolitik. Diese neuen Wege seien notwendig. Im allgemeinen krankten die Parteien am Festhalten an ihrer Dogmatik, zumal die Sozialdemokraten seien zu keiten Konzessionen bereit.

in einer außerordentlich schwierigen Lage („Thür. Volk“ vom 18. August 1943).

Man sollte die Dinge beim rechten Namen nennen: Besatzungsmacht und regierende Partei wissen genau, daß selbst die im östlichen Bereich geübten Methoden der Durchführung von Wahlen es nicht verhindern könnten, daß die SED eine vernichtende Niederlage erleidet.

Die Entscheidungsfreiheit in der privaten Sphäre sei ebenso wichtig wie die öffentlichen Freiheiten der Reden, Versammlungen usw. Der Weg zum Totalitarismus fange an mit unbedenklich erscheinenden Eingriffen in die Freiheit der Persönlichkeit.

berufsständischen Organisationen an, in denen auch die unselbständig in der Wirtschaft Tätigen mitbeteiligt werden sollten.

DVP zu aktuellen Fragen

Kritik an der südbadischen Regierung

In Bretten tagte der Landesvorstand der DVP Württemberg-Badens, um sich mit organisatorischen Fragen zu beschäftigen. Vorher vereinigte er sich mit der Fraktion und dem Landesauschuß zu einer Arbeitstagung, in der zunächst auch organisatorische Fragen besprochen und dann die aktuellen politischen Fragen behandelt wurden.

DVP, gegen Wobler

Der Landesauschuß der DVP, bedauert aus Gründen der Vernunft und des nationalen Interesses die Haltung der südbadischen Regierung in der Frage des Zusammenschlusses der südwestdeutschen Länder.

Zum Lastenausgleich

Der Landesauschuß der DVP lehnt es ab, in der Frage des Lastenausgleichs aus parteipropagandistischen Bedürfnissen unerfüllbare Versprechungen zu machen.

Für Sicherung der Freiheitsrechte

Der Landesauschuß der DVP dankt den Abgeordneten im Wirtschaftsrat und im Landtag für die Entschlossenheit, mit der sie die Befreiung unserer Wirtschaft von den sie hemmenden und korumpierenden Zwangsvorschriften betrieben haben.

Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, da es diesem durchaus nicht gleichgültig sein könne, ob er vom Arbeitsamt an seinen Arbeitsplatz zwangsmäßig gestellt werde oder selbst wählen dürfe, wo er arbeite und was er kaufe.

Im weiteren Verlauf der Tagung verlas Dr. Hoffmann die wirtschaftlichen Leitsätze der DP, die eingehend beraten wurden.

wirtschaftlichen Freiheitsrechte zu kämpfen. Er hätte sie vor allem, zu verhindern, daß die bevorstehende Gesetzgebung neue Fesseln und Freiheitsbeschränkungen anstelle der alten bringt.

WELTNACHRICHTEN IN KURZE

Vertrauen für Queuille. Die französische Nationalversammlung sprach der Regierung Henri Queuille am Dienstag mit 335 gegen 225 Stimmen das Vertrauen aus.

Bewaffnete Intervention Indiens in Haiderabad. Da die Regierung von Haiderabad die Forderung der indischen Regierung nach Entlassung der Razakars und Erleichterungen für die Stationierung indischer Truppen in Secundarabad abgelehnt hat, sind indische Truppen in Haiderabad einmarschiert.

„USA-Marine auf alle Eventualitäten vorbereitet.“ Der amerikanische Marineminister John Sullivan erklärte anlässlich einer Genesung: „Die amerikanische Marine ist auf alle Eventualitäten vorbereitet, sie ist jetzt instande, allen Zwischenfällen, die zum offenen Kriege führen könnten, vorzubeugen!“

Kongress der Interparlamentarischen Union beendet. Ein Vorschlag zur Schaffung einer internationalen Kontrolle der Atomenergie wurde von dem Kongress der Interparlamentarischen Union in seiner Schlußsitzung mit 300 gegen 5 Stimmen bei 72 Stimmenthaltenungen angenommen.

Schumacher wiedergewählt. Dr. Kurt Schumacher wurde am Dienstag vom SPD-Parteitag mit 356 gegen 1 Stimme zum 1. Parteivorsitzenden wiedergewählt. Ollenhauer wurde mit 341 gegen 16 Stimmen zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Russisch „ungenügend“. In verschiedenen Kreisen der Sowjetzone ist den Lehrern jetzt nach einer Meldung des „Telegraf“ durch die Schulämter mitgeteilt worden, daß in Zukunft Schüler mit „ungenügend“ im Russischen nicht versetzt werden könnten.

Lebt Hitler noch?

Von Michael M. Musmanno / Richter beim Internationalen Militärtribunal in Nürnberg

Aktuelles Copyright für die amerikanische und französische Zone Deutschlands by DENA, Deutsche Nachrichten-Agentur. — Copyright 1945 by Pittsburgh Press Co., Distributed by United Feature Syndicate, Inc. — Unberechtigter Nachdruck verboten.

Vorwort

1. Mai 1945 — Wie ein Blitz durchzuckt eine Nachricht die Welt: Hitler ist tot! Spontan jubeln die Menschen in den vom Krieg verheerten Ländern auf, doch schon bald mischen sich Zweifel in ihre Freude — ist er auch wirklich tot?

Gerüchte tauchen auf, daß Hitler im letzten Augenblick entkommen sei; daß er sich in einer Höhle in den Alpen verberge; daß er per Flugzeug das Weiße geschickt habe; daß es ihm gelungen sei, auf einem U-Boot Südamerika zu erreichen.

Seit Hitler von der Bildfläche verschwunden ist, sind nun über drei Jahre vergangen. Es fehlt nicht an Vermutungen und Spekulationen, was aus ihm geworden sei. Bei einer Umfrage, die das Gallup-Institut vor wenigen Monaten veranstaltete, stellte sich heraus, daß 51 Prozent der Befragten glaubten, Hitler sei noch am Leben. 4 Prozent äußerten keine Meinung.

Kürzlich behauptete Frau Dora Mai in Wiesbaden, sie habe Hitler im Juli 1947 in Schlesien gesehen. In einem kürzlich in Frankreich veröffentlichten Buch heißt es, Hitler lebe in Argentinien. In Verlautbarungen der Regierungen werden manchmal unbestimmte Formulierungen verwendet, die offen lassen, ob Hitler noch lebt.

Andererseits sind auch viele Publikationen erschienen, die beweisen sollen, daß Hitler tot ist. Wird sich um die Gestalt dieses Mannes, der die Welt ins Verderben gestürzt hat, ein Geheimnis weben, wird um ihn eine Legende entstehen?

Vor über drei Jahren erkannte ein Offizier der amerikanischen Marine, der bei der Kapitulation der deutschen Streitkräfte in Italien zugegen war, die Notwendigkeit, die Frage, ob Hitler noch am Leben sei, endgültig zu klären. Es war ihm aufgefallen, daß viele der höheren deutschen Offiziere nach Bekanntwerden der Todesnachricht dennoch hofften, Hitler könne doch einmal wieder auftauchen.

Auf der Suche nach Tatsachen

Der amerikanische Marineoffizier — Captain Michael A. Musmanno — entschloß sich daraufhin, die Ergebnisse, die mit dem Tod Hitlers zusammenhängen, so gründlich zu untersuchen, daß einer Legendenbildung unter seinen fanatischen Anhängern unumstößliche Tatsachen entgegengesetzt werden könnten. Falls aber Hitler wirklich noch lebte, so sollte er seiner verdienten Strafe zugeführt werden.

Musmanno brachte für sein Vorhaben günstige Voraussetzungen mit. Im Zivilleben war er lange Zeit Richter gewesen und mit dem Strafrecht ebenso wie mit den Untersuchungsmethoden vertraut. Er nahm eine hohe militärische Stellung ein, und später wurde er Mitglied des Internationalen Gerichtshofes in Nürnberg. Damit waren ihm wie keinem anderen Möglichkeiten gegeben, die Fragen um Hitlers Tod aufzuklären.

Musmanno begann augenblicklich mit seinen Nachforschungen. Er flog nach Berlin und schaute sich den Bunker an, in dem Hitler die letzten Tage vor seinem Verschwinden zubrachte. Er nahm die Überlebenden Bunkerinsassen ins Kreuzverhör. Er verschaffte sich Zutritt zu den Gefängnissen, zu

den Kriegsgefangenenlagern, zu den Verschieptenlagern; er konnte mit all denen sprechen, die mit Aufbau und Arbeitsweise der Nazi-Führung vertraut waren.

Später nahm er als Beobachter der amerikanischen Marine an den Verhandlungen gegen Hitlers Nachfolger Admiral Dönitz, gegen Göring, Ribbentrop und die anderen Nazi-Großen teil und wurde schließlich Richter beim Nürnberger Internationalen Gerichtshof. Hier eröffneten sich ihm weitere Möglichkeiten, über Hitler, den unsichtbaren Angeklagten in jedem der Prozesse, Material zu sammeln. Beim Verfahren gegen Generalfeldmarschall Milch und beim Pohl-Prozess war er Beisitzer, im Einsatzgruppen-Prozess führte er den Vorsitz.

20 Bände Dokumentenmaterial

Während dieser ganzen Zeit verlor Musmanno seinen Plan, die Umstände von Hitlers Tod zu ergründen, nie aus den Augen. Er reiste kreuz und quer durch Deutschland, um mit den Überlebenden aus dem „Führerbunker“ zu sprechen und interviewte über 200 Personen aus Hitlers näherer Umgebung — Generale, Minister, Sekretärinnen, Dentisten, Vertrauensleute, Adjutanten, Ärzte, Diener, Haushälter, den Friseur und den Chauffeur Hitlers und seine Leibwache.

Darüber hinaus hatte Musmanno Zugang zu allen einschlägigen Dokumenten, die er ebenso wie die Tagebücher und Aufzeichnungen der Adjutanten und Mitarbeiter Hitlers gründlich studierte. Nach dreijähriger Arbeit, während der er über 20 Bände an Dokumenten und Zeugnisaussagen sammelte, hat Musmanno seine Untersuchungen abgeschlossen. Er ist in sein Heim nach Pittsburg (USA) zurückgekehrt und hat den ersten vollständigen und authentischen Bericht über die Vorgänge geschrieben, die sich in jenen schicksalvollen Tagen am Ende des zweiten Weltkriegs im Bunker der Reichskanzlei abgespielt haben. Er hat die Frage, ob Hitler tot ist, geist und mit Tatsachen belegt.

Erstes Kapitel

Führer-Geburtstag im Bunker der Reichskanzlei

20. April 1945 — der zweite Weltkrieg näherte sich in Europa seinem Höhepunkt. Um Berlin zog sich der Ring der alliierten Armeen zusammen. Deutschland war geschlagen. Aber Hitler wollte es nicht wahrhaben.

Unten im Bunker der Reichskanzlei feierte er seinen 56. Geburtstag. Britische und amerikanische Bomber sandten dröhnende Geburtstagsgrüße, Stalin-Orgeln spielten die Begleitmusik.

Was damals in diesem Bunker vor sich ging, haben mir die Überlebenden aus Hitlers Stab und die Teilnehmer an dieser Feier berichtet.

Auf dieser „unterirdischen“ Geburtstags-

feier sahen Göring, Himmler, Dönitz, Jodl, Keitel und die anderen Größen der Nazi-Hierarchie einen Mann, der nichts mehr mit dem gemein hatte, dem einst die Deutschen bei seinen polternden Reden jubelten — jenem „Führer“, wie ihn die bombastischen Wochenschauen zeigten. Jener brüllende, mit den Armen fuchtelnde „Übermensch“ war verschwunden — übriggeblieben war eine traurige Karikatur. Totenbleich, gebeugt, zittrig am Kopf und Händen, schleppte er sich dahin. Die Füße wollten ihm die Dienstversagen, und wenn er sich länger als einige Minuten aufrecht halten wollte, mußte er sich an den Möbeln einen Halt suchen.

Körperlich war er ein Wrack, doch seine Aggressivität war ungebrochen. Noch immer schrie er nach Offensiven.

Seine Generale erkannten, daß der Krieg verloren war — dies jedoch auszusprechen, bedeutete nicht nur den eigenen Tod, sondern auch Verhaftung und ungeahnte weitere Folgen für die ganze Familie. Auch die kriegsmüden Soldaten wußten, daß ihr Opfer sinnlos war — aber Deserteure die man ergriff, wurden sofort gehängt. Laternenpfähle und Bäume wurden zu improvisierten Galgen und bekundeten die Schicksal dieser Realisten.

Von allen Seiten stürmten die alliierten Armeen heran. Die Amerikaner hatten die Elbe, die Russen die Oder, die Franzosen die Donau überquert. Die Engländer rückten vom Norden her vor. In Italien waren die englisch-amerikanischen Verbände über den Po vorgedrungen. Marschall Schukow hatte Berlin vom Osten her in die Zange genommen und war dabei, die Umklammerung im Westen zu schließen.

Hitler fuhr mit unsicherem Finger über die Karte und stammelte: „Hier in Berlin werden die Russen ihre blutigste Niederlage erleiden.“ Zwischen den Gratulationen erteilte er hastig Befehle.

SS-Obergruppenführer Steiner, der etwa 15 km vor Berlin außerhalb des nördlichen Zangenarms der Russen stand, sollte im Morgenrauschen des 22. April angreifen, um diesen Arm abzubrechen und die drohende Einschließung zu verhindern. Alles sollte ihn dabei unterstützen: Die Luftwaffe — fliegende Einheiten und Bodenpersonal —, die Division Hermann Göring, jede verfügbare Einheit, jeder Soldat, jede brauchbare Waffe, jeder Panzer, der noch rollen konnte.

Am 22. April hockte Hitler den ganzen Morgen am Befehlspult, Generale, Adjutanten, Verbindungsoffiziere schwirrten im Bunker umher, schrien in Telefone, kurbelten

verzweifelt an den Rundfunkempfängern, um noch irgendwelche Nachrichten aufzuschnappen.

Die Wahrheit ließ sich nicht länger verschweigen. Durch den Nebel seiner Wut und seiner Verzweiflung dämmerte Hitler, daß die totale Niederlage, an die er niemals hatte glauben wollen, Tatsache geworden war — er brach zusammen. Fast unhörbar murmelte er, alles sei aus und der Krieg verloren. Es bleibe ihm nichts anderes übrig, als sich zu ergeben. Er verlangte nach SS-Obergruppenführer Julius Schaub, seinem persönlichen Adjutanten. Schaub suchte Hitlers Papiere im Bunker zusammen und verbrannte sie. Dann flog er nach München und Berchtesgaden und wiederholte die Prozedur.

Hitler erklärte, er werde in Berlin bleiben und dort sterben. Wer wolle, könne nach Berchtesgaden gehen, wo das Hauptquartier für die letzte Widerstandslinie — die „Festung Alpen“ — aufgeschlagen werden sollte.

Zwei Sekretärinnen, Johanna Wolf und Christa Schröder, und zwei Stenografen, Ludwig Krieger und Gerhard Hergesell, fuhren nach Berchtesgaden. Alle vier sagten mir, daß sie beim Verlassen des Bunkers davon überzeugt wären, Hitler niemals wiederzusehen. Die beiden anderen Sekretärinnen Hitlers, Frau Gerda Christian und Frau Traudl Junge, blieben.

Die Luft, die von außen in den Bunker gepumpt wurde, war mit Rauch und Pulverdampf durchsetzt. Die Sitzungsteilnehmer im Kartenraum fielen oft in Ohnmacht und mußten von Dr. Stumpfegger, Hitlers Arzt, behandelt werden. Sein anderer Arzt, Dr. Morell, war mit der Berchtesgaden-Gruppe, zu der etwa 80 Personen gehörten, abgefahren.

Obwohl Hitler damit einverstanden gewesen war, daß diese Gruppe seines Gefolges den Bunker verließ, nahm er einzelnen die Abreise übel, da sie seiner Auffassung nach auch die letzten Tage hätten bei ihm bleiben sollen. Daß sein erster Stellvertreter, Hermann Göring, so unziemliche Elie gezeigt hatte, den Berliner Trümmerstaub von seiner ordnungsgeschmückten Uniform zu schütteln, um die eigene Haut zu retten, erbitterte ihn besonders.

(Fortsetzung folgt.)

„DAS NEUE BADEN“

Verantwortlicher Redakteur: Günter Asmann Verlag: Demokratische Verlagsges. mbH., Lahr/Schw. Ansch. der Redakt.: Lahr/Schw., Postf. 270. Tel. 2399. Druck: Moritz Schauenburg, Lahr/Schw. — K. & H. Greiser, Rastatt (Baden). — Südwestdruck K.-G., Lörrach. — A. Reiff & Cie., Offenburg (Baden).



**Fahr und Umgebung**

**Stadtnotizen**

**Oberbürgermeister Dr. Waeldin** ist am Montagmittag in Titisee, wo er an einer Ausschusssitzung der Sparkassen Südbadens teilnahm, verunglückt. Dr. Waeldin, der im Begriffe war, sich zur Tagung des Wirtschaftsausschusses der DP nach Badenweiler zu begeben, glitt auf einer Treppe aus und mußte mit einer schweren Beinverletzung in die Universitätsklinik Freiburg gebracht werden, wo er von Professor Dr. Rehn behandelt wird. Mit einem mehrwöchigen Krankenlager muß gerechnet werden.

Ein Komet wurde Mittwoch früh, gegen 4.45 Uhr, über unserer Stadt gesichtet.

Die Feier des goldenen Betriebsjubiläums der Kalenderfabrik G. A. Wagenmann in den Räumen der „Damenmühle“ am vergangenen Samstagabend nahm einen würdigen Verlauf. Der Geschäftsleiter warf in seiner Ansprache einen kurzen Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung des Betriebs und dankte allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für ihre Dienste. Den Glückwunsch der Belegschaft an die Jubiläarin übermittelte Herr Beck. In abwechslungsreicher Folge boten Betriebsangehörige ein Unterhaltungsprogramm.

Versammlung der Fliegergeschädigten. Am kommenden Samstag, um 15 Uhr, findet im Nebenraum des Gasthauses „Zum Falken“ eine Mitgliederversammlung des Bundes der Fliegergeschädigten statt. Es spricht Bundesvorsitzender Müller (Freiburg) zum Thema „Lastenausgleich“.

Ein mechanisches Weltwunder kann man z. Zt. im Gasthaus „Zum Falken“ besichtigen. Ein kleiner Motor betreibt ein ganzes Elektrizitätswerk mit Dieselmotoren, 2 Lokomotiven, einen Bulldog, einen Bagger, 2 Spielzeugbahnen und ein mechanisches Tanzpärchen. Interessant ist auch der Längsschnitt eines Dieselmotors. Das Werk stellt eine bewundernswerte Geduld- und Präzisionsarbeit des aus Kenzingen stammenden H. O. B. Wald dar. Die Besichtigung kann allen an der Technik Interessierten, insbesondere der Jugend, empfohlen werden.

In den Schwarzwald-Lichtspielen wird ab Freitag der Film „Ich fand einen Engel“, der ein Kinderschicksal behandelt, vorgeführt.

Die Palast-Lichtspiele zeigen den „Stern von Rio“ mit La Jana und Gustav Dießl.

Sein 80. Lebensjahr vollendet der im Rosenweg wohnhafte Albert Danzeisen. Der noch sehr rüstige Jubilar war 49 Jahre als Schriftsetzer und später Faktor in der Firma Ernst Kaufmann tätig. — 90 Jahre alt wird Frau Sophie Blohorn, Witwe des Waldhüters Karl Blohorn, Burgbühlstraße 9. — Sein 75. Lebensjahr vollendet am 19. September der in der Heiligenstraße im Stadteil Dinglingen wohnhafte Rentner Georg Metzger. — Den 70. Geburtstag feiert Frau Julie Kost, geb. Ketterer, wohnhaft in der Klostermühlgasse 13, am 17. September.

Silberne Hochzeit feierten die Eheleute Hans Bajer, Angestellter beim Finanzamt Lahr, wohnhaft Schadlohn 31, und die Eheleute Karl Steiert, Heizer, im Industriehof wohnhaft.

**Aus dem Kulturleben**

**Lieder- und Arienabend**

Den Auftakt der musikalischen Saison in Lahr bildete ein Lieder- und Arienabend der Sängerin Gertrud Gloeser-Eckerlin. Sollte die Währungsreform in der musikfreudigen Stadt so einschneidend gewirkt haben, daß man allein damit den überaus schlechten Besuch dieser Veranstaltung erklären könnte? Bemerkenswert bleibt, daß Frau Gloeser-Eckerlin dadurch keineswegs gehemmt wurde: sie sang, als stünde sie einem überfüllten Konzertsaal gegenüber. Die Hauptbegabung der Sängerin, die viele Jahre an Opernbühnen in Deutschland und in der Schweiz wirkte, ist ohne Zweifel das dramatische Fach. Ihrer großen, starken Stimme ist der weite Raum eines Theaters gemäßer als der Konzertsaal. Die volle Entfaltung ihres reichen Stimm-Materials brachten daher auch nicht die Lieder von Brahms und Richard Strauß, die den Auftakt des Abends bildeten, sondern die großen Opernarien Puccinis. Ihre Erscheinung in Verbindung mit einem glanzvollen, gutgeschulten Organ prädestinieren sie für diese Laufbahn. Besonders in der Arie der Butterfly, die sie als Zugabe singen mußte, war ein echtes Bühnentemperament zu spüren. Frau Elsa Destenay war sympathisch als zurückhaltende Begleiterin am Flügel. Der Beifall der spärlichen Zuhörerschaft war sehr herzlich.

**Von der Volksschule Lahr**

Die Volksschule Lahr veranstaltete am ersten Schultag nach den Ferien eine Gedächtnisfeier zu Ehren der Opfer der deutschen Widerstandsbewegung. Der Rektor widmete jenen Männern und Frauen Worte ehrenden Gedenkens, die ihren Einsatz für den Frieden und ihr Bekenntnis zur Freiheit des Geistes mit dem Opfer ihres Lebens besiegelten. Die Ansprache wurde von Liedvorträgen umrahmt. — Eine Reihe von Lehrkräften nahm nach längerer Unterbrechung den Dienst an

**Wallburgs schwierige Finanzlage**

Wallburg. Der Gemeinderat befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der finanziellen Situation der Gemeinde, wozu Ratschreiber Dees und Gemeindevorstand Geiger referierten. Ratschreiber Dees führte aus, daß die Finanzlage der Gemeinde im vergangenen Monat kritisch gewesen sei. Auf Grund der dringenden, unaufschiebbaren Ausgaben und der verhältnismäßig geringen Einnahmen wäre die Gemeindeverwaltung gezwungen gewesen, die Liquidität der Kasse durch zeitlich fixierte Ausgabenpläne zu steuern. Alle Ausgaben, die nicht für dringlich angesehen worden sind und die das festgelegte Höchstmaß und die Planung an sich überschritten hätten, oder nicht vorgesehen waren, seien vorläufig gesperrt worden. Man war gegen Ende August bereits soweit, die Löhne und Gehälter vorerst nur zu einem Teil auszuzahlen. Erfreulicherweise sei der Gemeinde durch Holzverkäufe die Beschaffung der notwendigen Mittel zur Vollauszahlung der Personalausgaben zuteil geworden. Durch die Ermächtigung, die Grundsteuern monatlich zu erheben, hätte die Kasse zusätzliche Mittel zur Deckung laufender Ausgaben erhalten. Zweifellos ständen in nächster Zeit größere Ausgaben infolge notwendiger Instandsetzungsarbeiten bevor. Die Errichtung einer zusätzlichen Löschwasservorrichtung, die Ausbesserung der Ortsstraßen, Feld- und Waldwege sowie Reparaturen an der Schule seien vorrangig und dürften nicht zurückgestellt werden, da eine Unterlassung zu späteren Mehrausgaben führen würde. Der gegenwärtige Kassenvorrat dürfe daher über die finanzielle Lage nicht hinwegtäuschen. Das Holz sei im wesentlichen verkauft, und für die nächste Zeit sei die Gemeinde hauptsächlich auf die Grundsteuern angewiesen. Mit den

vorhandenen Mitteln seien auch noch die ersten Monate des neuen Rechnungsjahres zu decken, da in dieser Zeit erfahrungsgemäß ein Vakuum der Einnahmen bestehe. Die erwähnten Ausgaben seien zwar im Budget vorgesehen, jedoch sei die Einnahmeschätzung auf Grund der sich aus der Währungsstellung ergebenden Verluste nicht mehr ganz zutreffend. Ueber nähere Einzelheiten gab Gemeindevorstand Geiger an Hand von Kassenunterlagen Aufschluß. Anschließend behandelte der Bürgermeister keine Anträge und Vorträge, die erledigt wurden. Eine freie Aussprache bildete den Abschluß.

Aldorf. Sein 65. Lebensjahr vollendete der von hier gebürtige Professor Dr. Otto Biehler, als Heimatforscher und Literaturhistoriker bekannt. Nach Abschluß seiner Studien wirkte er als Lehrer an verschiedenen Schulen Badens. 1936 wurde er aus politischen Gründen des Dienstes enthoben. Einen Namen machte sich Biehler durch seine grundlegenden Arbeiten über den badischen Dichter, Aesthetiker und Sagensammler Aloys Schreiber. Freundschaftlich stand er August Ganther nahe. Sein besonderes Interesse gilt der Geschichte des alten Ettenheimer Bezirks. Biehler lebt in Mosbach.

Grafenhausen. Am 15. September feiern Frau Emma Bauer, geb. Glück, den 79. und Sofie Kern, geb. Erna, den 74. Geburtstag. Ferner noch in diesem Monat: am 19. der Landwirt Eduard Baumann den 70., am 22. der Maurermeister Landolin Moser den 70. und am 30. Frau Anna Herzog, geb. Schaub, den 76. und Frau Theresia Debacher, geb. Schaub, den 72. Geburtstag.

Seelbach. Die bekannte „Bodensee-Bauernbühne“ gab im 8. September im „Löfflersaal“

**Der Weg zum beständigen Frieden**

**Kundgebung der Ortsgruppe Lahr der Friedensgesellschaft**

Am Montagabend fand im voll besetzten „Pflugsaal“ eine Kundgebung der Friedensgesellschaft Lahr statt. Herr Hennig sagte in seinen Begrüßungsworten, die Friedensfreunde und Kriegsgegner hätten aus dem Erlebten die Lehre gezogen, mit allen Mitteln für den Frieden einzutreten. Der mit Spannung erwartete Redner aus London, Mr. Stuart Morris, führte aus, daß es in einem modernen Kriege keine Sieger mehr geben werde, sondern alle würden Besiegte. Nach dem vergangenen Kriege sei weniger Freiheit in der Welt als vorher. Das Volk in Rußland, Amerika, Deutschland oder England wünsche keinen Krieg, aber die Regierungen bereiten einen neuen Krieg vor nach dem Grundsatz: „Wenn du den Frieden willst, mußt du den Krieg vorbereiten.“ Kriegsvorbereitungen könnten jedoch keinen Frieden schaffen, sie führten immer zum Krieg. Der Redner gab sodann einen Überblick über die Geschichte der Kriegsdienstverweigerer in England. Im ersten Weltkrieg seien es 16.000 Männer gewesen, die sich geweigert hätten, Kriegsdienste zu leisten. Die Bewegung habe nach Oesterreich und Holland übergriffen, 23 andere Länder hätten sich angeschlossen, und heute, nach dem zweiten Weltkrieg, hätten sich in 84 Ländern die Kriegsgegner zu Organisation zusammengeschlossen. Auch in Rußland gebe es Mitglieder der Bewegung, die sich verpflichtet hätten, den Krieg zu verabschieden und Kriegsdienst zu verweigern (Falls dies den Tatsachen entspricht, was wir nicht nachprüfen können, so müßte der Redner auch wissen, daß im Falle eines Krieges in sämtlichen kommunistisch regierten Staaten jeder, der auch nur andeutungsweise seiner

Verabscheuung des Krieges Ausdruck zu geben wage, unweigerlich erschossen würde. Friede ist die Frucht einer Freiheit, die umgrenzt und geschützt ist von einer gerechten Ordnung. Wo auf der Welt gibt es die Freiheit weniger als in Rußland? (D. Red.). Der Redner sagte weiter, daß 1940 in London eine große Kundgebung der Kriegsgegner stattgefunden habe und die Aufnahme von Friedensverhandlungen gefordert worden sei. Auch habe man immer wieder gegen die Bombardierung von Städten protestiert. 70.000 Männer hätten im zweiten Weltkrieg den Kriegsdienst verweigert. Das größte Hindernis für einen Frieden sei die Mißgunst in der Welt. Er (der Redner) verabscheue einige Maßnahmen der russischen Regierung. Aber das gebe ihm noch lange nicht das Recht, sie für alles verantwortlich zu machen was geschehen sei (Wir können unsere Widerlegung in einen Satz zusammenfassen: Von Jalta bis Berlin... D. Red.). Die russische Regierung benehme sich schlecht, aber die englische und amerikanische auch (Das ist richtig. Wir finden jedoch das Verhalten der amerikanischen und englischen Regierung deshalb schlecht, weil sie den Russen gegenüber eine gefährliche Nachgiebigkeit an den Tag legen, die nach unserer Ansicht eher zum Kriege führt als eine energische Entschlossenheit. Unrecht nicht zuzulassen. D. Red.). Der Redner kritisierte sodann die Amerikaner, weil sie das Geheimnis der Atombombe während des Krieges nicht den Russen verraten haben. Eine allgemeine Demobilisierung sei notwendig. Einer müsse jedoch den Anfang damit machen, und er sei der Ansicht, daß sein eigenes Land, England, den ersten Schritt tun müsse. Nach dem ersten Weltkrieg sei Deutschland entwapfen gewesen, aber die andern Staaten seien dem Beispiel nicht gefolgt. Statt dessen hätten ausländische Geldgeber Hitler geholfen, seine Aufrüstung zu finanzieren. Die Möglichkeit, zu einem internationalen Frieden zu gelangen, sah der Redner in der Weltregierung mit einem internationalen Gericht, einer Weltbank, Weltwährung und internationaler Verteilung der Nahrungsmittel und Produktionsgüter.

Nach Stuart Morris sprach ein kath. Geistlicher, dessen Ansprache in der Sentenz gipfelte: die Liebe ist stärker als der Haß. Dr. Ernst Barthel aus Oberkirch hob das ethische Element des Friedens hervor und stellte sodann anschließend fest, daß bei der gegenwärtigen politischen Konstellation eine vollständige Abrüstung nicht möglich sei, doch sollte man zumindest soviel zu erreichen versuchen, daß in allen Ländern nur diejenigen zum Kriegsdienst herangezogen würden, die sich hierzu berufen fühlten und freiwillig meldeten. Den Kriegsdienstverweigerer verglich er mit einem Menschen, der eine in Fahrt befindliche Lokomotive anzuhalten versuche. Mit einem Schlußwort des Herrn Wolf, Karlsruhe, fand die Kundgebung ihren Abschluß.

Als wir die Kundgebung verließen, regten sich viele Zweifel. Nicht, daß wir am guten Willen der Redner zweifelten, an der Ehrlichkeit ihrer Ueberzeugung. Wir schenken auch dem Wort des Herrn Morris Glauben, daß er nicht Kommunist ist; dann ist er aber in seinem Willen zur Objektivität einen bedenklischen Schritt von der Mitte abgewichen. Ein Blick nach Berlin zeigt uns, in welcher äußersten Bedrohtheit wir leben, und auf die Frage, ob es einen Frieden um jeden Preis, auch um den der Freiheit und Menschenwürde, geben könne, antwortet Berlin selbst in eindeutiger Weise. Voraussetzung für den Frieden in der Welt ist, daß die Menschen frei und ohne Furcht leben können. Wer könnte stärker als das deutsche Volk wünschen, daß dieses Ziel ohne Krieg erreicht werde?

eine sehr gut besuchte Vorstellung mit dem vieraktigen Volksstück „Jägerblut“. — Am 13. September hielt der Ortsverein der Körperbeschädigten, Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen unter Vorsitz von Rudolf Wagner im „Engel“ eine Versammlung ab. — Der Geburtstagskalender unserer Alterjubilare weist folgende Jubiläen auf: Am 8. September Frau Magdalena Haas, 81 Jahre; am 9. September Frau Anna Maria Schwab, 85 Jahre; am 15. September Matthias Borho, 81 Jahre; am 17. September Bernhard Schwörer, 85 Jahre; am 18. September Frau Theresia Dreyer, 81 Jahre. — Auf der am vergangenen Sonntag im „Bären“ abgehaltenen Versammlung des Ortsvereins des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes referierten Kreisvorsitzender Bürgermeister Hierlinger, Hugweier, und Verbandssekretär Löffel, Meißenheim, über Ziel und Zweck des bäuerlichen Zusammenschlusses. Zur Begegnung einer drohenden Existenzgefährdung der Bauern und Landwirte ist ein Zusammenschluß aller bäuerlichen Kreise dringend erforderlich, nachdem auch Arbeiter und Unternehmer in Verbänden und Gewerkschaften zur Vertretung ihrer Interessen zusammengeschlossen sind. Leider wurde diese Notwendigkeit in den bäuerlichen Kreisen bisher noch viel zu wenig beachtet, was auch der Versammlungsbesuch eindeutig bewies. Angesichts dessen stellte der erste Vorsitzende Wilhelm Himmelsbach sein Amt zur Verfügung. Ein Nachfolger konnte noch nicht ermittelt werden. Der Ortsverein beabsichtigt, in Bälde eine weitere wichtige Versammlung einzuberufen, zu der die Landwirte persönlich eingeladen werden.

Hugsweier. In seiner letzten Sitzung nahm der Gemeinderat unter Vorsitz von Bürgermeister Hierlinger und in Anwesenheit von Landrat von Gleichenstein Stellung zu einem Antrag auf Wiedereröffnung einer Gastwirtschaft. Der zweite Beratungspunkt war die Umwandlung des Dienstverhältnisses des seitherigen stellvertretenden Gemeindevorstehers in ein festes Angestelltenverhältnis der Gemeinde. Im weiteren Teil der Sitzung unterrichtete der Bürgermeister die Gemeinderäte über die angeordnete Rückzahlung eines Teiles des Geldes, das der Gemeinde nach der Währungsreform als Grundstock zur Verfügung gestellt wurde. Die Tagesordnung wurde abgeschlossen mit der Bekanntgabe über die Ablehnung des Änderungsantrages des Gemeinderats, den Einzug der Feuerchutzabgabe durch die Aufsichtsbehörde betreffend. Abschließend sprach der Landrat über die Aufgaben der Kommunalverwaltungen. — Aus französischer Kriegsgefangenschaft ist Herbert Brucker heimgekehrt.

Kürzell. Die 84jährige Witwe Marianne Schillinger stürzte so unglücklich die Treppe hinunter, daß sie einen Beinbruch erlitt.

Kürzell. Große Freude für jung und alt brachte am Sonntag eine Berg- und Talbahn. — Einem Uebelstand bei der abseitigen Lage des Ortes hat das Fuhrunternehmen W. Gnacke dadurch abgeholfen, daß es seit kurzem mit einem Personenkraftwagen Taxi- und auch Krankenfahrten durchführt. Weiterhin wurde ein zweiter Lastkraftwagen in Dienst genommen. — Infolge der wechselnden Witterung konnte die Oehmdernre noch nicht beendet werden. Dagegen sind überall rührige Hände damit beschäftigt, den abgeernteten Tabak anzustechen. — Ein Kasperletheater, das zum Wochenende hier gastierte, bereitete der Jugend großen Spaß. — Die Herbstferien der Jugend haben angefangen.

Ichenheim. Am 13. September beging Frau Lina Jäger ihren 81. Geburtstag, während Karl Schwärzler am 16. Geburtstag 81 Jahre alt wird. Den 80. Geburtstag feiert am 16. September Frau Karolina Müller.

**Verkehrsverbesserungen im Schwarzwald**

Nachdem der Wiederaufbau der zerstörten Eisenbahnbrücke bei Freudstadt noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, wurde für den Reiseverkehr aus der Gegend von Schramberg, Schiltach, Wolfach und Hausach in Richtung Stuttgart ein Omnibus eingesetzt. Dieser fährt werktags Schramberg ab 12.15, Rottweil an 13.15, dort Zuganschluß nach Stuttgart und Tübingen sowie nach Tuttlingen—Singen mit Anschluß nach der Schweiz. Die Rückfahrt ab Bahnhof Rottweil um 11.00, Schramberg an 12.00. Mit sofortiger Wirkung tritt auf der Strecke Hausach—Schiltach eine Verkehrsverbesserung ein. Die beiden Personenzüge 3835 und 3836, die bisher nur zwischen Hausach und Wolfach verkehrten, werden bis nach Schiltach weitergeführt. Werktags ab Schiltach 7.40, an Hausach 8.12 mit Anschluß in Richtung Freiburg und Karlsruhe. Gegenzug hat Anschluß in Richtung aus Freiburg und Karlsruhe. Offenburger ab 5.45, Hausach an 6.47, Hausach ab werktags 7.00 und Schiltach an 7.30 Uhr.

**Wieviele Kriegsgefangene gibt es noch?**

Wie das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene in Erlangen mitteilt, befinden sich dort etwa 70.000 Kriegsgefangene in Jugoslawien, deren Verhältnisse im allgemeinen gut sind. Ueber die Zahl der noch in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen liegen keine genauen Angaben vor, die Entlassungen dauern an. Sämtliche Kriegsgefangenen aus England sind entlassen; es befinden sich dort nunmehr rund 30.000 Freiarbeiter. Die in Ägypten und im mittleren Osten befindlichen 20.000 Kriegsgefangenen kehren ebenfalls langsam zurück. Schließlich leben in Frankreich noch 100.000 Kriegsgefangene und an die 150.000 Freiarbeiter und in Polen ca. 35.000 Kriegsgefangene, von denen jedoch nur wenig Nachrichten ein treffen.

